

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2855
der Abgeordneten Anita Tack (Fraktion DIE LINKE)
Drucksache 6/7004

Bürgerticket

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: In Berlin, in Potsdam und in zahlreichen anderen Städten, in Parteien, Vereinen und Fachverbänden werden Modelle für ein Bürgerticket im ÖPNV diskutiert. Das Bürgerticket wäre eine gute Möglichkeit, den ÖPNV attraktiver zu gestalten und den Umweltverbund mit Bussen, Bahnen, Rad- und Fußgängerverkehr zu stärken. Mehr Menschen würden auf den privaten PKW-Verkehr verzichten. Auf diesem Wege könnte eine spürbare Entlastung der Straßen von Verkehrslärm und Luftverschmutzung in den Städten erreicht werden.

1. Wie bewertet die Landesregierung Modelle des Bürgertickets in der unterschiedlichen Ausgestaltung?
2. Auf welche Erfahrungen kann die Landesregierung bei der Einführung eines Bürgertickets zurückgreifen?
3. Welche Rahmenbedingungen favorisiert die Landesregierung für ein Modell Bürgerticket?
4. Welche Auffassung vertritt sie zu einem Modell Bürgerticket im Rahmen des VBB?
5. Auf welche Art und Weise wird die Landesregierung Kommunen in Brandenburg unterstützen, die ein Modellprojekt Bürgerticket diskutieren und einführen wollen?
6. Welche Unterstützung gibt die Landesregierung der Landeshauptstadt Potsdam, die zur Umsetzung ihres Masterplans Klimaschutz ein Bürgerticket einführen will?
7. Auf welche Art und Weise wird die Landesregierung das Thema Bürgerticket weiterbefördern, um auch bei anderen Kommunen Interesse dafür zu wecken?
8. Bei welchen Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen hat die Landesregierung bzw. hat der VBB Untersuchungen, Gutachten oder Stellungnahmen zu möglichen Bürgerticketmodellen in Auftrag gegeben?

zu den Fragen 1 bis 8: Die Landesregierung verfolgt mit der Mobilitätsstrategie 2030 einen integrierten Ansatz, um die Mobilität in allen Landesteilen zu sichern und sozial- und zielgruppengerecht sowie umweltfreundlich zu gestalten. Mit dem Mobilitätsticket des VBB liegt ein sozial zielorientiertes Instrument vor, um bestimmten Nutzergruppen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel finanziell zu ermöglichen. Im Übrigen greift der Gedanke der Nutzerfinanzierung, der die Nutzer des ÖPNV zur Mitfinanzierung heranzieht.

Eine Verbesserung des Anteils des ÖPNV erwartet sich das Land insbesondere durch eine bessere Verknüpfung der Verkehrsträger (motorisierter Individualverkehr, Fuß- und Rad-

Eingegangen: 10.08.2017 / Ausgegeben: 15.08.2017

verkehr, Busse und Bahnen), eine Entwicklung der Infrastruktur und Angebote, attraktive Tarife im Verbundgebiet sowie aktive Vertriebsleistungen. Die Landesregierung wird andere Ansätze zur Stärkung des ÖPNV natürlich weiterhin beobachten und prüfen.

Die Idee des Bürgertickets ist nicht neu. Derzeit werden in einigen Städten (Berlin, Erlangen, Bremen, Erfurt und Leipzig) das Thema Bürgerticket/fahrscheinloser ÖPNV diskutiert. Ein fahrscheinloser ÖPNV ist nicht kostenlos, sondern muss durch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen und das Land finanziert werden. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger würde durch einen ÖPNV-Beitrag erfolgen, der als Steuer oder Abgabe zu gestalten wäre. Entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten müssten geprüft werden. Für die Einführung eines ÖPNV-Beitrages wäre die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen (Ermächtigungsgrundlage zur Einführung der Abgabe) erforderlich. Bislang wurde in keiner Stadt das Bürgerticket erfolgreich dauerhaft umgesetzt.

Das Land Brandenburg ist gemeinsam mit dem Land Berlin und den 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten Gesellschafter des Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB GmbH). Im Verbundgebiet über die zwei Länder gibt es ein einheitliches Tarifsystem, welches die verschiedenen Nutzergruppen mit unterschiedlichen Tarifprodukten bei der Nutzung des ÖPNV unterstützt. Mit Hilfe der Steuerungsinstrumente Fahrgastinformation, Tarif und Vertrieb soll das Verkehrsmittelwahlverhalten nachhaltig in Richtung Nahverkehr beeinflusst werden.

Die Einführung von Bürgertickets im Verbundraum gehört nicht zu den von der Landesregierung verfolgten Strategien für die Zukunft des ÖPNV.